

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Die Regierung entwickelt zwar in den letzten Tagen hektische Betriebsamkeit. Bei der Bundesanstalt für Arbeit, beim EU-Brief mit Tony Blair und bei der Zuwanderung soll Tatendrang signalisiert werden. Aber die Probleme des Landes wird die Schröder-Regierung nicht zum Besseren wenden, weil sie die Oberfläche der Wirklichkeit nicht zu durchdringen vermag.

Eine Kommission, ein neuer Kopf und ein neuer Name für die BA sind vielleicht ein PR-Konzept, aber keine Reformagenda. Der Brief der beiden roten Regierungschefs an die EU soll vor allem den Blauen Brief vergessen machen, der eigentlich die andere Richtung hätte nehmen sollen.

Bei der Zuwanderung lässt Rot-Grün nur mühsam von den Glaubenssätzen ab, ungesteuerte Zuwanderung und Beliebigkeits-Integration seien gut für unser Land. Alles in allem bleibt sie Getriebener, nicht Gestalter.

Nutzen wir die Gelegenheit, uns vom Regierungsstil abzusetzen und Kompetenz durch überlegte und kraftvolle Alternativen zu gewinnen. Der Mut zu Gegenkonzepten ist wichtig.

*Ifc*  
Ingrid Fischbach

### In dieser Ausgabe

Yokohama war wichtiger Schritt gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern ...S.2

Existenzgründern verstärkt befristete Arbeitsverträge ermöglichen ...S.3

Pressearbeit nur gegen Bezahlung ...S.4

Union für umfassende Reform der sozialen Sicherheitssysteme ...S.4

Zahl der Genehmigungen von Einfamilienhäusern deutlich zurückgegangen ...S.5

SPD Politik ist enttäuschend ...S.6

Fairer Wettbewerb zwischen Freizeitparks ...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## **Yokohama war wichtiger Schritt gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern**



►► | Der zweite Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern vom 17. bis 20. Dezember 2001 in Yokohama war ein wichtiger Schritt in der internationalen Verständigung über Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage. Mit dem Abschlussdokument seien die Ziele des ersten Kongresses erneut bekräftigt und Maßnahmen für die zukünftige Bekämpfung des Mißbrauchs von Kindern beschlossen worden.

Laut Bundesregierung soll die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung alle Formen der sexuellen Gewalt einschließen, außerdem sollen Jungen und Mädchen in allen Ländern bis zum Alter von 18 Jahren unter einem besonderen Schutz stehen. Zudem setze sich die Regierung auf verschiedenen Ebenen, sowohl national als auch international, für die Bekämpfung von Kinderpornographie ein.

Im Dezember letzten Jahres ist das Gesetz über die rechtlichen Rahmenbedingungen des elektronischen Geschäftsverkehrs in Kraft getreten. Dienstanbieter haben nun die volle Verantwortlichkeit für die von ihnen angebotenen Informationen.

Auch ist eine Neuregelung des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit sowie des Gesetzes über die Verbreitung Jugend gefährdender Schriften und Medieninhalte geplant.

Sogenannte Filtersoftware hingegen sei nicht sinnvoll, so die Regierung, da sie lediglich eine Maßnahme des technischen Selbstschutzes darstelle und damit nicht geeignet sei, der Verbreitung von Kinderpornographie durch das Internet entgegenzuwirken. ◀◀

## Existenzgründern verstärkt befristete Arbeitsverträge ermöglichen



►► | Existenzgründer sollen in Zukunft die Möglichkeit erhalten, befristete Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund abzuschließen. Damit kann, so meinen wir, die Einstellungsbereitschaft der Neugründer gestärkt werden. Gleichzeitig sollen ältere Arbeitnehmer das Recht erhalten, unbeschränkt befristete Arbeitsverhältnisse einzugehen. Damit erhält diese Personengruppe bessere Chancen auf Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.

Weitgehender Konsens besteht über die positiven beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Arbeitnehmerüberlassung. So wollen wir die Höchstdauer der Überlassung eines Arbeitnehmers an den selben Entleiher auf 36 Monate ausdehnen und das Synchronisationsverbot aufheben. Außerdem soll der Verleiher hinsichtlich der Befristungsmöglichkeit mit allen anderen Arbeitgebern gleichgestellt werden.

Wir treten dafür ein, das Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht weiter zu entwickeln. Die Möglichkeiten tarifdispositiver Rechtsvorschriften müssen genutzt, aber auch um derartige Regelungen erweitert werden. Am Flächentarifvertrag muss festgehalten werden. Die praktischen Erfahrungen haben aber gezeigt, dass das geltende Tarifvertragsgesetz zu wenig flexibel ist, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Deshalb wollen wir individuell rechtliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten zulassen, wenn der Betriebsrat und die Belegschaft mit qualifizierter Mehrheit zustimmen.

**Ingrid Fischbach:** „Die Regierung hat auf dem Gebiet der beschäftigungsorientierten Flexibilisierung des Arbeitsrechts versagt. Die seit 1998 vorgenommenen Reformen sind nicht auf eine Stärkung der Beschäftigung ausgerichtet, sondern haben



Spruch der Woche

*"Die Mitte ist rechts von links."*

Angela Merkel  
CDU-Vorsitzende

die ohnehin starren arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen noch verhärtet.“ <<



## Pressearbeit nur gegen Bezahlung

▶▶ | **Nur gegen Bares** darf die SPD-Bundestagsfraktion ihre Arbeit in der SPD-Mitgliederzeitung „Vorwärts“ darstellen. Jeden Monat wird in der Sozi-Postille mindestens eine Seite für die Bundestagsfraktion reserviert, die wie eine Anzeige bezahlt werden muss. Durch einen analogen Modus erhält der „Vorwärts“ von den SPD-Europaabgeordneten jährlich rund 30.000 Euro. Wie viel die sozialdemokratische Bundestagsfraktion berappt, ist noch unklar. Die Bundestagsverwaltung prüft jedenfalls, ob ein **Verstoß gegen das Parteiengesetz** vorliegt. <<

## Union für umfassende Reform der sozialen Sicherheitssysteme

▶▶ | Die sozialen Sicherheitssysteme sollen durch umfassendere Reformen finanziell stabilisiert werden, um den gesamten Sozialversicherungsbeitrag langfristig unter 40 Prozent zu halten. Dafür treten wir in unserem Antrag ein.

Wir fordern, auf dem Arbeitsmarkt beschäftigungswirksame Reformen vorzunehmen. Dazu gehören, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu vereinheitlichen, den Niedriglohnsektor zu aktivieren und das Arbeitsrecht zu flexibilisieren. Diese Schritte müssen durch eine Steuerpolitik ergänzt werden, die die Arbeitnehmer wirksam entlastet.

**Ingrid Fischbach:** „Die deutsche Sozialversicherung hat sich vom Aushängeschild eines fortschrittlichen Sozialstaates zum Problemfall entwickelt. Die finanziellen Probleme aller Sozialversicherungszweige haben sich durch die rot-grüne

Politik bedrohlich verstärkt. Bei der Kranken- und Pflegeversicherung sowie bei der Arbeitslosenversicherung gibt es eklatante qualitative und strukturelle Mängel."



Gleichzeitig stehen aber die zentralen Herausforderungen für das Sozialsystem noch bevor. Dazu gehören die Entwicklung der Altersstruktur und der intensive Fortschritt in der Medizin und Pflege. Nach unserer Überzeugung werden sich die Beiträge zur Sozialversicherung bei unveränderten Rahmenbedingungen schon mittelfristig auf 55 Prozent zu bewegen. <<<

## **Zahl der Genehmigungen von Einfamilienhäusern deutlich zurückgegangen**

▶▶ Die Zahl der Genehmigungen von Einfamilienhäusern ist deutlich zurückgegangen. Während im früheren Bundesgebiet im Jahr 2000 noch 66.278 Einfamilienhäuser (Zahl der Wohnungen) genehmigt wurden, waren es im vergangenen Jahr nur 56.275. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere große Anfrage hervor.

Im neuen Bundesgebiet ist die gleiche Zahl von 17.523 auf 13.447 zurückgegangen. Zu den Gründen für diesen Rückgang zählt die Regierung niedrige Zinsen der Jahre 1998 und 1999, die einen Vorzieheffekt ausgelöst hätten. Auch die seit 1996 gewährte Eigenheimzulage habe insbesondere bei "Schwellenhaushalten" eine zusätzliche Eigentumsnachfrage mobilisiert. Die vor dem Hintergrund entspannter Wohnungsmärkte anhaltend niedrigen Mieten mindere generell das Eigentumsinteresse.

Nach Überzeugung der Bundesregierung haben die hohen Fertigstellungsergebnisse von 1999/2000 über ein hohes Angebot eine so starke Marktentspannung bewirkt, dass eine kurzfristige Unterschreitung des prognostizierten mehrjährigen



Wußten Sie schon ,

... dass täglich 46 Millionen Menschen bei McDonalds essen? 15000 Filialen in 117 Ländern betreibt der Hamburger-Konzern. Triumph der Schnelligkeit oder Niedergang der Esskultur? Wie dem auch sei: Jeden Tag eröffnet die Kette fünf Filialen, vier davon außerhalb der USA.

Durchschnitts keine Belastung des Wohnungsmarktes bedeutet. Infolge niedriger Zinsen, gesunkener Baukosten und teilweise gesunkener Bodenpreise seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Wohnungsbauinvestitionen günstiger geworden. <<<



## SPD Politik ist enttäuschend

▶▶ | „Enttäuschung und Frustration über die Politik der SPD“ herrscht derzeit in den Reihen der IG-Metall laut deren Sprecher Claus Eilrich. Grund: In den zentralen Bereichen Arbeitslosigkeit und Gesundheitswesen habe die rot-grüne Bundesregierung keine Fortschritte erzielt.

Ins gleiche Horn stößt sogar der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD: Die Regierung habe den Arbeitsmarkt „spürbar vernachlässigt“, viele Gewerkschafter befänden sich gegenüber den Sozialdemokraten „in der inneren Emigration“. <<<

## Fairer Wettbewerb zwischen Freizeitparks

▶▶ | Im Ausschuss für Tourismus haben wir die EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer auf Wettbewerbsverzerrungen zwischen deutschen und französischen Freizeitparks aufmerksam gemacht.

Die drei Freizeitparks in Frankreich, das Euro-Disneyland bei Paris sowie zwei Parks im Elsass, werden subventioniert. Dies führt zu massiven Wettbewerbsverzerrungen mit deutschen Parks wie z.B. dem nordrhein-westfälischen Phantasialand in Brühl. Wir haben die EU-Kommission gebeten, diesen Verzerrungen nachzugehen. <<<



... das Allerletzte!

*"Sie haben den Aufstand der Anständigen verlangt, Herr Bundeskanzler. Vielleicht gibt es bei Ihnen wenigstens noch einen Anstand der Zuständigen."*

Fraktionschef Friedrich Merz im Bundestag zur Verantwortung der Regierung bei den Pannen im NPD-Verbotsverfahren und in der Bundesanstalt für Arbeit.